

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 1170
des Abgeordneten Axel Vogel
Fraktion BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN
Drucksache 5/3033

Wortlaut der Kleinen Anfrage 1170 vom 1.4.2011

Errichtung einer Schweinemastanlage in Klein Ziethen

Ein niederländischer Investor hat bei der unteren Bauaufsicht des Landkreises Barnim einen Antrag gestellt, in Klein Ziethen eine Anlage zur Aufzucht von 4.476 Ferkeln zu betreiben. Mangels zugehöriger Flächen kann keine Futterproduktion für die Ferkel durch den Investor erfolgen, es handelt sich demnach um eine industrielle Ferkelaufzucht und nicht um einen landwirtschaftlichen Betrieb (vgl. § 201 BauGB).

Der Investor hat das Gelände nach eigenem Bekunden 2006 erworben. Dort befinden sich die Ruinen einer zur DDR-Zeit errichteten Schweine- und Rinderanlage. Letzter Bewirtschafter der Stallanlage war der landwirtschaftliche Betrieb eG Klein Ziethen, die Anlage ist nachweislich seit mehr als sieben Jahren nicht mehr in Betrieb. Da damals landwirtschaftliche Flächen zu dem Betrieb gehörten, war er bis zu seiner Stilllegung ein landwirtschaftlicher Betrieb i.S.d. § 201 BauGB. Wegen der damaligen Tierplatzzahlen (Angaben aus dem Bauantrag des Investors) handelte es sich um eine unter das Immissionsschutzrecht fallende Anlage.

Die Anlage liegt im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin. Laut der Verordnung des Biosphärenreservats ist es verboten, bauliche Anlagen außerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile oder außerhalb des Geltungsbereichs rechtskräftiger Bebauungspläne zu errichten.

Westlich des geplanten Anlagenstandortes befindet sich in etwa 900 m Entfernung das Natura 2000-Gebiet Grumsiner Forst/Redernswalde, von dem Teilbereiche als UNESCO Weltnaturerbe vorgeschlagen wurden. Für dieses Gebiet sind nach dem Bundesamt für Naturschutz verschiedene Lebensraumtypen mit einer Sensibilität gegenüber Stickstoffeinträgen gemeldet.

Datum des Eingangs: 13.05.2011 / Ausgegeben: 18.05.2011

Umweltverbände sowie eine Bürgerinitiative befürchten durch die Erweiterung der Anlage erhebliche Umweltbelastung für die Region sowie für das angrenzende FFH-Gebiet sowie für die in der Nachbarschaft der Anlage lebenden Menschen. Sie sehen die Planung als Verstoß gegen § 4 der Verordnung des Biosphärenreservats Schorfheide-Chorin an und als Behinderung der Anerkennung des Grumsiner Forst als UNESCO Weltnaturerbe und die Entwicklung des Geoparks „Eiszeitland am Oderland“.

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Genehmigung auf Basis des Bestandsschutzes obwohl die Anlage seit 7 Jahren außer Betrieb ist?
2. Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Genehmigung und damit der Bestandsschutz der Anlage gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG drei Jahre nach der Betriebseinstellung erloschen ist?
3. In wie weit müsste bei einer Genehmigung der Anlage die verkehrliche Erschließung ausgebaut werden und in wie weit würden die Kosten dafür auf die Anwohner umgelegt?
4. Warum wurde im Genehmigungsprozess keine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt, obwohl das FFH-Gebietes Grumsiner Forst/Re-dernswalde in etwa 900 m Entfernung zum geplanten Vorhaben befindet?
5. Welche Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie und Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie wurden im Umkreis um die geplante Anlage nachgewiesen deren Erhaltungszustand durch Stickstoffemissionen negativ beeinflusst werden könnten?
6. Wie viel Hektar Fläche stehen um Umfeld der Anlage für die Aufbringung der Gülle zur Verfügung?
7. Welche NSG, FFH- und SPA-Gebiete sind von der Ausbringung der Gülle betroffen (bitte aufschlüsseln nach Name des Gebietes und betroffener Fläche des Gebietes in ha)?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landwirtschaft die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1:

Wie bewertet die Landesregierung die Genehmigung auf Basis des Bestandsschutzes obwohl die Anlage seit 7 Jahren außer Betrieb ist?

Frage 2:

Teilt die Landesregierung die Auffassung, dass die Genehmigung und damit der Bestandsschutz der Anlage gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG drei Jahre nach der Betriebseinstellung erloschen ist?

Zu Frage 1 und 2:

Die Anlage wurde am 30.04.1993 als bestehende Altanlage gemäß § 67 a des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) angezeigt, da sie zu diesem Zeitpunkt mit einer Tierplatzzahl von 400 Sauenplätzen unter die immissionsschutzrechtliche Genehmigungspflicht fiel. Die vorhandene Baugenehmigung für die Anlage galt als immissionsschutzrechtliche Genehmigung fort. Am 01.02.1997 entfiel das Genehmigungserfordernis für diese Anlage, da mit der Änderung der 4. Durchführungsverordnung zum BImSchG die Schwelle für die Genehmigungspflicht auf 700 Sauenplätze angehoben wurde. Dadurch erlosch die immissionsschutzrechtliche Genehmigung gemäß § 18 Abs. 2 BImSchG und galt wieder als Baugenehmigung fort. Da die immissionsschutzrechtliche Genehmigung schon am 01.02.1997 erloschen ist, kommt es nicht darauf an, ob die Anlage gemäß § 18 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG seit mehr als drei Jahren nicht mehr betrieben worden ist.

Frage 3:

In wie weit müsste bei einer Genehmigung der Anlage die verkehrliche Erschließung ausgebaut werden und in wie weit würden die Kosten dafür auf die Anwohner umgelegt?

Zu Frage 3:

Die für das Bauantragsverfahren zuständige untere Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Barnim hat die Prüfung noch nicht abgeschlossen, ob für das Vorhaben eine ausreichende verkehrliche Erschließung vorliegt. Daher sind zur Zeit auch keine Aussagen zu etwaigen Baukosten und deren etwaige Umlegung auf Straßenanlieger möglich.

Frage 4:

Warum wurde im Genehmigungsprozess keine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchgeführt, obwohl das FFH-Gebietes Grumsiner Forst/Redernswalde in etwa 900 m Entfernung zum geplanten Vorhaben befindet?

Frage 5:

Welche Lebensraumtypen nach Anhang I der FFH-Richtlinie und Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie wurden im Umkreis um die geplante Anlage nachgewiesen deren Erhaltungszustand durch Stickstoffemissionen negativ beeinflusst werden könnten?

Zu Frage 4 und 5:

Eine Vorprüfung der Natura-2000-Verträglichkeit ist Bestandteil der Antragsunterlagen. Danach ist eine erhebliche Beeinträchtigung der Erhaltungsziele durch auf anlagenbezogene Ammoniakimmissionen beruhende Stickstoffdepositionen nicht zu erkennen. Auf Grund der Entscheidung des BVerwG vom 14.04.2010 – 9 A 5.08 - hat sich der Beurteilungsmaßstab für Stickstoffeinträge in FFH-Gebieten zwischenzeitlich geändert. Ob diese Änderung des Bewertungsmaßstabes zu einem anderen Ergebnis der FFH-Vorprüfung führt und die Anforderung überarbeiteter Antragsunterlagen erforderlich macht, wird derzeit im laufenden Genehmigungsverfahren geprüft. Eine abschließende Entscheidung, ob eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen ist sowie die abschließende Feststellung, welche Lebensraumtypen nach Anhang I und Arten nach Anhang II der FFH-Richtlinie betroffen sein können, steht daher noch aus.

Frage 6:

Wie viel Hektar Fläche stehen um Umfeld der Anlage für die Aufbringung der Gülle zur Verfügung?

Frage 7:

Welche NSG, FFH- und SPA-Gebiete sind von der Ausbringung der Gülle betroffen (bitte aufschlüsseln nach Name des Gebietes und betroffener Fläche des Gebietes in ha)?

Zu Frage 6 und 7:

Nach den aktuellen Antragsunterlagen fällt keine Gülle sondern Festmist an.